

NIEDERSCHRIFT

über die **5.** Sitzung des
**des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und
Katastrophenschutz**
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **25.02.2014**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:10 Uhr
Den Vorsitz führte: Ursel Meis

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Heiner Cöllen
2. Herr Ingo Danziger
3. Herr Hans Ludwig Dickers
4. Herr Karl-Heinz Ehms
5. Frau Ursel Meis
6. Frau Angelika Quiring-Perl
7. Herr Bernd Ramakers

• SPD-Fraktion

8. Herr Bernd Kehrberg
9. Herr Martin Mertens

• FDP-Fraktion

10. Herr Hermann-Joseph Gruhl

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

11. Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

12. Herr Leo Oehmen

- **Verwaltung**

13. Herr Dezernent Ingolf Graul

14. Herr Marcus Hons

15. Herr Hans-Joachim Klein

16. Herr Norbert Lange

17. Herr Marc Zellerhoff

- **Schriftführerin**

18. Frau Birgit Niesen

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	3
2.	Novellierung des Rettungsgesetzes NRW Vorlage: 32/3149/XV/2014.....	4
3.	Rettungsdienstliche Versorgung der Gemeinde Rommerskirchen Vorlage: 32/3150/XV/2014.....	4
4.	Novellierung des Feuerschutzhilfeleistungsgesetzes NRW Vorlage: 32/3151/XV/2014.....	5
5.	Zuschuss zum Erwerb der Fahrerlaubnis - Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen Vorlage: 32/3152/XV/2014	5
6.	Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema Machbarkeitsstudie Vorlage: 32/3154/XV/2014	6
7.	Digitalfunk Vorlage: 32/3155/XV/2014.....	6
8.	Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion zum Thema Beschaffung digitaler Meldeempfänger Vorlage: 32/3156/XV/2014	7
9.	Krisenmanagement Vorlage: 32/3158/XV/2014	7
10.	Mitteilungen.....	8
10.1.	Einsatzleitwagen 2 Vorlage: 32/3159/XV/2014	8

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Frau Meis begrüßte die Anwesenden und stellte alsdann fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss beschlussfähig sei.
Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

2. Novellierung des Rettungsgesetzes NRW

Vorlage: 32/3149/XV/2014

Protokoll:

Herr Graul verwies auf die vorangegangene Ausschusssitzung, zu welcher sich der Sachstand, mit Ausnahme zur EU-Vergaberichtlinie, nicht wesentlich verändert habe. Die EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe sei vom Europäischen Parlament am 15. Januar 2014 formell verabschiedet worden; der Ministerrat habe der Richtlinie ebenfalls zugestimmt. Notfalldienste und Dienstleistungen des Katastrophenschutzes seien von der Vergabepflicht ausgenommen; für Ambulanzdienste (Krankentransporte) gelte dies ab bestimmten finanziellen Obergrenzen allerdings nicht.

Herr Ramakers führte ergänzend aus, dass diese Entscheidung der europäischen Gremien keine Selbstverständlichkeit sei. Dem Engagement der Europaabgeordneten aus Deutschland, den kommunalen Spitzenverbänden und den Spitzenverbänden der Hilfsorganisationen sei diese für den kommunalen Katastrophenschutz bedeutende Entscheidung zu verdanken.

3. Rettungsdienstliche Versorgung der Gemeinde Rommerskirchen

Vorlage: 32/3150/XV/2014

Protokoll:

Herr Graul nahm Bezug auf die vorangegangene Ausschusssitzung und führte aus, dass für das Jahr 2013 ein Hilfsfristerreichungsgrad von 89,9 % auszuweisen sei. Der Hilfsfristerreichungsgrad entspreche damit nahezu den Vorgaben des Rettungsdienstbedarfsplanes. Der Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen sei im Jahr 2013 quartalsweise über die Qualität des Rettungsdienstes in Rommerskirchen unterrichtet worden. Die Verwaltung überarbeite derzeit turnusmäßig den Rettungsdienstbedarfsplan; nach Abschluss dieser Arbeiten werde durch den Kreistag entschieden, ob und gegebenenfalls welche Massnahmen ergriffen werden müssen, um das rettungsdienstliche Niveau im Kreis zu verbessern. Herr Graul wies darauf hin, dass bei allen kostenträchtigen Massnahmen das Einvernehmen mit den Trägern der Rettungswachen und den Verbänden der Krankenkassen zu erzielen sei.

Herr Mertens merkte an, dass 89,9 % nicht 90% seien, zudem würden die Quartalsergebnisse Schwankungen unterliegen; insbesondere sei aber zu berücksichtigen, dass das Einsatzaufkommen ansteigen werde und so auf Dauer der Erreichungsgrad nicht zu halten sei. Es müsse in Hinblick auf diese Problematik vorgearbeitet werden.

Herr Cöllen verwies auf die von der Verwaltung erschöpfend vorgetragene rettungsdienstliche Situation der Gemeinde Rommerskirchen und bemerkte, dass gegenüber den Vorjahren die vorgenommenen Änderungen in der rettungsdienstlichen Versorgung sich positiv ausgewirkt hätten. Bezogen auf die Seite des Rhein-Kreises Neuss werde – wie von der Verwaltung angekündigt – der Rettungsdienstbedarfsplan planmäßig überarbeitet, die Gemeinde tue gut daran dies auch für den Brandschutzbedarfsplan zu veranlassen.

Herr Ramakers stellt heraus, dass die Analysen der Verwaltung im Rahmen der Überarbeitung des Rettungsdienstbedarfsplanes abgewartet werden sollten, um alsdann die

Ergebnisse fundiert erörtern zu können. Ein Defizit in der Versorgung sei nicht zu erkennen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Markert-Kütemeyer führte Herr Graul aus, dass die durchzuführende Analyse die Wachverlegung vom RWE zur neuen Rettungswache berücksichtige.

4. Novellierung des Feuerschutzhilfeleistungsgesetzes NRW
Vorlage: 32/3151/XV/2014

Protokoll:

Herr Graul erläuterte die Vorlage und legte ergänzend dar, dass noch kein Gesetzentwurf der Landesregierung vorliege. Er gehe davon aus, dass damit auch nicht vor den Kommunalwahlen zu rechnen sei.

5. Zuschuss zum Erwerb der Fahrerlaubnis - Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen
Vorlage: 32/3152/XV/2014

Protokoll:

Herr Ramakers erläuterte den Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktionen. Die Frist für die Rückzahlungsverpflichtung solle durch die Verwaltung gemeinsam mit den Hilfsorganisationen festgelegt werden. Der Vorschlag wurde von Herrn Richter und Frau Dr. Markert-Kütemeyer unterstützt. Der Ausschuss fasste darauf hin einstimmig folgenden Beschluss.

RettA/20140225/Ö5

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gewährt den im Katastrophenschutz und Rettungsdienst tätigen Hilfsorganisationen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für ihre ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen einen Zuschuss zum Erwerb der Fahrerlaubnis (LKW-Klasse). Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Hilfsorganisationen eine Rückzahlungsverpflichtung bei vorzeitiger Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit bzw. beim vorzeitigen Ausscheiden aus der Organisation zu vereinbaren.

6. Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktionen zum Thema Machbarkeitsstudie

Vorlage: 32/3154/XV/2014

Protokoll:

Herr Cöllen führte aus, dass im Rahmen einer Studie ermittelt werden solle, wie den Einflüssen des demografischen Wandels auf das Ehrenamt begegnet werden könne und inwieweit ein zentrales Ausbildungs- und Logistikzentrum gewinnbringend sei. Zur Finanzierung dieser Studie sollen im Haushalt 5.000,- Euro bereitgestellt werden.

Herr Richter brachte zum Ausdruck, dass er die vorab eingeholte Meinung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu diesem Punkt vermisse.

Frau Dr. Markert-Kütemeyer zweifelte in diesem Punkt die Kreiszuständigkeit an.

Herr Kreisbrandmeister Lange erläuterte die Situation bei der vom Kreis durchzuführenden und zu verantwortenden überörtlichen Ausbildung der Feuerwehren. Er wies zu dem auf die Synergieeffekte eines zentralen Logistikzentrums hin.

Nach intensiver Diskussion, an der Herr Richter, Frau Dr. Markert-Kütemeyer, Herr Cöllen und Herr Ramakers teilnahmen, fasste der Ausschuss auf Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und SPD mit 12 Ja-Stimmen und 2-Nein Stimmen folgenden Beschluss.

Retta/20140225/Ö6

Beschluss:

Der Rhein-Kreis Neuss gibt eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, die die Frage zum Gegenstand hat, ob die Strukturen des ehrenamtlich betriebenen Katastrophenschutzes, Feuerschutzes und Rettungsdienstes mit Blick auf den demographischen Wandel noch zeitgemäß sind und Veränderungen notwendig sind. Die Machbarkeitsstudie soll dabei insbesondere auf die Errichtung eines zentralen Ausbildungs- und Logistikzentrums eingehen und konkrete Aussagen zu den Bereichen der Kosten und der Synergieeffekte treffen. Für die Machbarkeitsstudie werden im Haushalt 5.000,- Euro etatisiert.

7. Digitalfunk

Vorlage: 32/3155/XV/2014

Protokoll:

Herr Graul berichtete, dass im Rahmen des Digitalfunks noch die von Seiten des Landes herzustellende redundante Anbindung der Leitstelle an das Basisnetz fehle. Bei einer Informationsveranstaltung des Landes, sei diese für den Herbst des Jahres angekündigt worden. Im Bereich der Kreisleitstelle seien bereits die Taktisch-Technische Betriebsstelle sowie die Vorhaltende Stelle betriebsbereit eingerichtet worden

8. Antrag der CDU- und der FDP-Kreistagsfraktion zum Thema Beschaffung digitaler Meldeempfänger
Vorlage: 32/3156/XV/2014

Protokoll:

Herr Ramakers erläuterte den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen, die im Rhein-Kreis Neuss tätigen Einheiten im Katastrophenschutz mit digitalen Meldeempfängern auszurüsten.

Herr Richter schlug nach entsprechenden Darlegungen von Herr Graul vor, das Wort „Zuschuss“ im Beschlussvorschlag zu streichen, da es sich hier um eine Vollfinanzierung handele.

Der Ausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden Beschluss.

Retta/20140225/Ö8

Beschluss:

Der Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz beschließt, die Einheiten der im Katastrophenschutz des Rhein-Kreises Neuss tätigen Hilfsorganisationen mit digitalen Meldeempfängern auszurüsten. Zur Anschaffung dieser digitalen Meldeempfänger soll ein Betrag von 90.000,- Euro, verteilt auf drei Jahre, im Haushalt bereitgestellt werden. Die digitalen Meldeempfänger sollen vom Rhein-Kreis Neuss zentral beschafft und an die Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen ausgegeben werden.

9. Krisenmanagement
Vorlage: 32/3158/XV/2014

Protokoll:

Herr Graul informierte, dass der Krisenstab des Rhein-Kreises Neuss bereits seit langem nach den Vorgaben des Erlasses arbeite. Die Bezirksregierung Düsseldorf habe sich bei einem vor kurzem stattgefundenen Besuch lobend über die Arbeit des Krisenstabes geäußert. In der Woche nach Karneval sei der Krisenstab bei einer Übung am Institut der Feuerwehr in Münster.

Herr Kehrberg fragte, ob die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss dem Erlass gefolgt seien und Stäbe für außergewöhnliche Ereignisse eingerichtet hätten.

Herr Klein erläuterte, dass dies nach seiner Kenntnis nur in den Städten Dormagen und Meerbusch der Fall sei. Die Bildung eines Stabes für außergewöhnliche Ereignisse sei nur eine Empfehlung des Landes. Er halte es für wichtig, dass die Verwaltungen auch außerhalb der Dienstzeiten leistungsfähig seien.

10. Mitteilungen

Protokoll:

Herr Mertens bat bei der nächsten Ausschusseinladung möglichst Beschlussempfehlungen zu formulieren. Zu seiner Frage, warum die angedachte Sondersitzung im Sommer 2013 nicht stattgefunden habe, erläuterte Herr Graul, dass diese aufgrund der Besprechungen in Brüssel und der sich abzeichnenden Bereichsausnahme obsolet geworden sei.

Frau Dr. Markert-Kütemeyer thematisierte den Fotoskandal um die Neusser JUH und wies auf die gesteigerte Erforderlichkeit der Sensibilisierung der Rettungskräfte hin. In diesem Zusammenhang führte Frau Quiring-Perl zu den Ergebnissen der Sondersitzung bei der Stadt Neuss und der daraus resultierenden Presseerklärung aus.

Herr Zellerhoff erläuterte dem Ausschuss das Projekt „Crash Kurs NRW“, mit welchem 4.300 Schüler im Rhein-Kreis Neuss bislang erreicht werden konnten. Er dankte dabei ausdrücklich allen Beteiligten für ihr Engagement.

Herr Lange dankte dem Ausschuss, dass dieser eine Verbesserung der Atemschutzgeräteträgerlehrgänge ermöglicht habe. Die Lehrgänge absolvieren nun auch eine Heißausbildung im Technischen Kompetenzzentrum Brüggen.

10.1. Einsatzleitwagen 2

Vorlage: 32/3159/XV/2014

Protokoll:

Herr Graul erläuterte, dass die Neubeschaffung eines Einsatzleitwagens 2 erfolge. Die Ausschreibung habe Gebote erbracht, welche derzeit durch die Verwaltung geprüft würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Ursel Meis um 19:10 Uhr die Sitzung.

Ursel Meis
Vorsitz

Birgit Niesen
Schriftführung

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Niederschrift	1
Inhaltsverzeichnis	11